



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1913

334 (22.7.1913) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-160063](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-160063)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Bringerlohn 30 Pfg., durch die Post inkl. Postzuschlag Mk. 3.42 pro Quartal. Einzel-Nr. 5 Pfg. Inserate: Kolonial-Zeile 30 Pfg. Reklame-Zeile 1,20 Mk.

General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Berlin
Schluß der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 5 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Handels- und Industrie-Zeitung für Südwestdeutschland; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Wintersport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Telegraphen-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“
Telephon-Nummern:
Direktion und Buchhaltung 1449
Buchdruck-Abteilung 341
Redaktion 377
Expedit. u. Verlagsbuchhdlg. 218

Nr. 334.

Mannheim, Dienstag, 22. Juli 1913.

(Abendblatt)

Die Reichstagsersatzwahl in Weilheim.

Am Samstag brachte ein großes Berliner Blatt die Notiz, daß noch fünf Reichstagsersatzwahlen stattzufinden hätten, die aber von keinem besonderen Interesse wären, weil sie insgesamt sicherer Parteibestand wären. Dies trifft nun zunächst einmal für die im August stattfindende Wahl in Ragnit-Pillkallen nicht zu, denn hier hatte der verstorbene Graf Ragnit bei den allgemeinen Wahlen von 1912 mit knapp 1000 Stimmen Mehrheit geerntet, sodas von einem sicheren Bestände nicht gesprochen werden kann. Man kann vielmehr damit rechnen, daß die nationalliberale Partei sich die größte Mühe geben wird, den Wahlkreis zu erobern.

Wahl aber schien die Auffassung des Blattes von dem „sicheren Bestände“ auf den Wahlkreis Weilheim zutreffen zu wollen; denn dieser Wahlkreis ist seit unendlichen Zeiten Zentrumsbereich und bei den letzten allgemeinen Wahlen hatte der Kandidat des Zentrums mit 14 900 Stimmen gegen etwa 8 600 Stimmen, die sich auf zwei gegnerische Parteien verteilten, gestiftet. Er hatte also einen Vorsprung von 6300 Stimmen vor seinen Gegnern. Einen solchen Wahlkreis pflegt man allerdings für unbedingt sicheren Besitz einer Partei zu halten. Bei der Reichstagsersatzwahl in Weilheim aber zeigte es sich, daß es um die Sicherheit selbst eines solchen Wahlkreises manchmal übel bestellt ist. Die Zentrumstimmen gingen von 14 900 auf 10 600 Stimmen herunter, das Zentrum verlor mithin 4300 Stimmen, während die gegnerischen Parteien von 8600 Stimmen auf über 10400 stiegen, sodas die Zentrumsgegner insgesamt also 1800 Stimmen gewonnen hatten. Dadurch verringerte sich die Mehrheit des Zentrums von 6300 Stimmen auf noch nicht ganz zweihundert. Es schied also nur ein geringes und der bauernbändlerische Gegner des Zentrums wäre in die Stichwahl und dann wahrscheinlich auch zum Siege gelangt.

Dieses Ergebnis ist für die Zentrumspartei aus mancherlei Gründen höchst bedauerlich. Zuerst und hauptsächlich wegen der konfessionellen Zusammenfassung des Wahlkreises. Die katholische Bevölkerung macht nicht weniger als 97 Prozent in diesem Kreis aus, sodas die anderen Konfessionen schlechthin keine Rolle spielen. Es gibt nicht allzuviel Wahlkreise im Deutschen Reich, in denen eine so gewaltige „geborene“ katholische Mehrheit vorhanden ist. Wenn aber ein so stark katholischer Wahlkreis für das Zentrum wackelig wird, wo kann es dann überhaupt

noch mit Sicherheit darauf rechnen, sich zu behaupten? Zum zweiten ist der Wahlkreis ein rein ländlicher, denn von den 32 000 Wahlberechtigten wohnen mehr als 21 000 in Orten von unter 2000 Einwohnern, der Rest in Orten von noch nicht 10000 Einwohnern, ein „großstädtisch verfeuchter“ Teil des Wahlkreises ist überhaupt nicht vorhanden. Je kleiner aber die Ortschaften sind, desto größer ist naturgemäß der Einfluß der katholischen Geistlichkeit. Man hatte davon auch nicht gerade in sparsamer Weise Gebrauch gemacht, man hat vielmehr die konfessionelle Seite der Wahl gründlich hervorgehoben. So schrieb kurz vor der Wahl ein Zentrumblatt des Wahlkreises: „Gibt die Linke den Ton an, so ist es gleichbedeutend mit der Niederlage des Christentums. Beweist mit dem Stimmgabel, daß ihr entschlossen seid, die christlichen Grundsätze hochzuhalten und dem Glauben der Väter die Treue zu bewahren.“ Ja, auch die Tatsache, daß der Oberamtsbezirk mit seinen weitberühmten Passionsspielen zum Wahlkreis gehört, wurde weidlich ausgeschlachtet. So schrieb das Zentrumblatt in Oberamtsbezirk: „Daher sei jeder Oberamtsbürger, dem an dem Wohlstand seiner Heimatgemeinde, dem Fortbestande seiner Industrie gelegen ist und der seine Passionsspiele hochhält, hiermit an die wichtige Pflicht erinnert, die morgen seiner harret.“ Wenn ein nicht kirchliches Blatt die Passionsspiele mit dem Wohlstand des Oberamtsbezirks und der „Industrie“ in so unmittelbarem Zusammenhang bringen wollte, würde das von der Zentrumspresse natürlich geradezu als eine Art Gotteslästerung angesehen werden.

Wie zweifeln nicht daran, daß die Wähler des Wahlkreises Weilheim streng katholisch sind und daß sie dem Glauben der Väter die Treue bewahren, denn, obwohl sie diesmal nahezu zur Hälfte zentrumsgegnerische Stimmen abgegeben haben, Sie haben aber — und dies ist eben das Wichtige und Charakteristische der Ersatzwahl — den Beweis geliefert, daß treue Anhänglichkeit an den katholischen Glauben und Zugehörigkeit zur Zentrumspartei durchaus nicht identisch zusein brauchen. Wenn aber diese Erkenntnis in bisher rein kirchlichen Wahlkreisen Bayerns aufzubauern beginnt, dann ist die Macht des Zentrums auf das schwerste gefährdet. Die Partei hat bei den letzten allgemeinen Wahlen schon ein Dupel-Siege verloren und ist damit im Reichstage auf den niedrigsten Bestände seit 1878 gekommen. Wenn die „Rebellion“ in Bayern so fortpflanzt — und daß dies der Fall sein wird, dafür dürfte das

Ministerium Hertling mit seinen beiden linken Händen schon sorgen —, so könnte das Resultat bei den nächsten allgemeinen Reichstagswahlen sowohl wie bei den nächsten bayerischen Landtagswahlen ein für das Zentrum recht betrübendes werden.

Die „Leip. R. Nachr.“ schreiben zu dem Wahlergebnis:

Die Reichstagsersatzwahl in Weilheim hat das überraschende und bedeutungsvolle Ergebnis gebracht, daß dieser bisher so feste Zentrumsbereich bedenklich ins Wanken gekommen ist und über Nacht für ein Zentrumsbereich. Zwar hat das Zentrum gesiegt, aber noch einen solchen Sieg und es hat den Wahlkreis verloren. Während bei der Hauptwahl im Jahre 1912 für den Kandidaten des Zentrums 14843 Stimmen gezählt wurden, brachte es Amtsrichter Gmünder nur auf 11484 Stimmen. Noch betrüblicher wird das Ergebnis durch die Zunahme der gegnerischen Stimmen. Zwar ist auch bei den Liberalen (2485 gegen 3121) und bei den Sozialdemokraten (3378 gegen 3775) ein Rückgang zu verzeichnen, aber der Bauernbund ist von 1599 auf 5102 Stimmen emporgeschossen, sodas die Zentrumsgegner insgesamt einen Zuwachs von rund 2400 Stimmen zu verzeichnen haben.

Während 1912 die absolute Zentrumsmehrheit 6850 Stimmen betrug, ist sie diesmal auf rund 500 herabgesunken. Dabei geht es nicht gut an, daß auch diesmal wie bei der Landtagswahl in Mollersdorf die Schuld auf mangelhafte Organisation und Agitation geschoben wird, denn es war ja gerade die Parole ausgegeben und befolgt worden, die Scharte von Mollersdorf glänzend auszuweichen und alle Mittel schienen dazu recht. Wurde doch gegen den liberalen Kandidaten Dr. Müller, einen Sohn der bayerischen Rheinpfalz, im letzten Augenblick mit der Behauptung operiert, er sei ein norddeutscher Protestant. Möglich, daß mit dieser furchtbaren Anschuldigung das Zentrum seinen Putschversuch erstritten hat.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 22. Juli 1913.

Ragnit-Pillkallen.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt: „Auch die Nationalliberale Korrespondenz hegt“, meint die „Deutsche Tageszeitung“, weil wir der von der „Tilster Zeitung“ ausgesprochenen Ansicht beistimmen, daß der so auffällig schnell am 23. August gefegte Wahltermin, vielen Krei-

neren Landwirten, die durch die Erntearbeiten auf dem Felde festgehalten würden die Ausübung des Wahlrechts erschweren würde. Das trifft mindestens im gleichen Grade auch für die größeren ländlichen Besitztümer zu, bei denen doch der Arbeitermangel auch noch seine besondere Rolle spielt, erklärt das führende Organ des Bundes der Landwirte und bedauert, daß wir es, als das offizielle Organ der Nationalliberalen Partei, fertig brächten, einem „Provinzialblättern“ eine böllig betweis- und sinnlose Verdächtigung nachzusprechen. „Hegen“ und „Verdächtigung“ ist ebenso grob, wie unserer einfachen, sachlichen Bemerkung gegenüber ungerechtfertigt. Das Postern des agrarischen Blattes ist aber auffällig; die Vermutung liegt nahe, daß man doch wohl kein ganz reines Gewissen hat. So ganz von ungefähr wird dieser Wahltermin, der zudem noch auf einen Samstag, also, auf einen Markttag fällt, nicht festgesetzt sein. Die „Deutsche Tageszeitung“ ist doch sonst hellhörig. Erntezeit ist stille Zeit“, bei der jede fleißige Hand notwendig ist, wo bei drohendem Wetterumschlag wenige Stunden über Gewinn oder Verlust entscheiden können. Da ist es denn doch wohl keine „Verdächtigung“, sondern die Feststellung einer einfachen Tatsache, daß in solcher Zeit die kleineren Landwirte, die auf ihre Hände und die ihrer Familienmitglieder angewiesen sind, wenn es Witterung und Umstände erheischen, Wahltag, Markttag sein lassen und für sich schaffen. Oder glaubt die „Deutsche Tageszeitung“, daß alle diejenigen, die früh fünf aufs Feld gehen, sich ihr Eisen mitnehmen oder zur Mittagszeit herausbringen lassen, zu irgend einem Zeitpunkt am Wahltag ihre Arbeit unterbrechen, um das Wahllokal aufzusuchen, zu stimmen und dann wieder aufs Feld zu gehen? Liegt es nicht vielmehr in der Sachlage begründet, daß diese Leute durcharbeiten, weil es auf den Äckern brennt, und daß mancher Bauer, der am Samstag zu Markte fährt, weil er zu verkaufen oder auch zu kaufen hat, bis zum Schluß des Wahltages nicht wieder zurück ist? Und wie sieht es mit allen denjenigen, die als Tagelöhner in die Arbeit gehen, um in dieser Zeit begehrt und besser bezahlter Arbeitskraft einige Mark zu verdienen? Wie es die größeren u. großen Grundbesitzer machen, das weiß die Welt! Da werden die Gutsherrn und Arbeiter, mit konserverartigen Stimmgabeln wohl versehen, durch Inspektor oder Verwalter oder gar durch den Gutsherrn selbst zum Wahllokal geführt oder auch auf Leiterwagen gefahren. Das Äquivalent für Zeit- und Arbeitsverlust liegt in der sicheren Zahl konserverartiger Stimmgabeln, die einer nach dem andern — selbstredend ohne jede Kontrolle — in die Wahlkiste wandern. Aber da, wo einer oder

Genilleton.

Bürger und Adel im Zeitalter des Biedermeier.*)

Die Vorzüge, welche das Bürgertum allein anerkannte, waren Besitz und Bildung, denn auf ihnen beruht die neue Gesellschaft; einen Vorzug der Geburt gab man nicht zu, man würde ja, wenn man dem Adel eingeräumt hätte, reineres Blut zu besitzen, geglaubt haben, physiologische, gewissermaßen Rassenunterschiede zu begründen. In Besitz wie in Bildung war das Bürgertum aber dem Adel weit überlegen, und wenn dieser sich mit einer affektier-ten Verachtung des Wissens die gelehrten Vorzüge als nicht handesgemäß selbst verschloß und nur die Juristerei gelten ließ, die, wie Buchta sagt, als bloße Mischung von römischem Recht und Wutternis nicht zu den Wissenschaften zählt, aber doch den Staatsdienst erschloß, so galt eben darum der schärfste Hohn der Bürgertümlichen immer der Unwissenheit des Adels. „Eine Handvoll Junker“, sagt Heinrich Heine, „die

nichts gelernt haben, als ein bißchen Kofttäscherei, Volleschlagen, Bescherpiel, oder sonstige plumbe Schelmenkünste, wohnen, ein Volk desören zu können, und zwar ein Volk, welches das Pulver erkunden hat und die Buchdrucker- und die Kritik der reinen Vernunft.“ Weniger gelernt zu haben, schien ein weit größeres Unglück, als eine geringere Geburt; indem man Bildung und Wissen konsequent miteinander verwechselte, gewöhnte man sich daran, denjenigen, der die Schulbank am längsten gedrückt hatte, für das höhere Wesen anzusehen, und überjah mißlich, daß auch der größte Esel, wenn man ihm nur Zeit läßt, viel lernen kann. So dünkte sich der Gelehrte mehr als jeder andere. Nunten fertigt einmal den Minister Grafen Stolberg hochmütig ab: „Davon verleben Sie nichts; Sie haben ja gar keine wissenschaftliche Bildung.“ und Karl Rosenkranz erzählt mit ironischem Vergnügen die Geschichte von der Schulfeier in Magdeburg, die in Gegenwart des Gouverneurs, Grafen Dade, stattfand. Der Rektor Solbrig hält eine lateinische Festrede und da der Graf natürlich kein Wort derselben versteht, so steht er jedesmal, wenn in derselben das Wort hac, a. B. in der Verbindung hac die vorkommt, auf und verbeugt sich zum größten Ergötzen aller Versammelten, weil er glaubte, es sei von ihm die Rede. Daß weder der preussische Gesandte in Neapel, Graf Lottum, noch sein Mitarbeiter, Graf Putbus, ein Wort Italienisch können, berichtet Arnold Hage entschieden eine gewisse Verachtung, und Barnhagen erzählt mit größtem Vergnügen die Geschichte, wie der preussische Gesandte in Madrid, von Werther,

einmal nach Hause berichtet habe, zum spontanen Gesandten in St. Petersburg sei Don Fulano ernannt worden, eine Nachricht, die sofort in die Staatszeitung überging. Er hatte seinen Sekretär, der ihn darauf aufmerksam gemacht hatte, dies sei gar kein Name, sondern bedeute nur so viel wie ein gewisser Jemand vornehm zurückgewiesen. Derselbe erzählt auch mit schmerzlicher Schadenfreude die Anekdote, wie eines Tages in einer Gesellschaft der Gräfin Hedern eine Tasse herangebracht wird, welche die Bildnisse dreier preussischer Könige mit den Unterschriften laut, est, erit, ausweist. Niemand ist imstande, die rätselhaften Aufschriften zu deuten, bis endlich der niederländische Gesandte, Graf Perponcher, erklärt, laut sei altfranzösisch und heiße so viel wie sei, die andern beiden Worte gehörten einer unbekannten Sprache an. „Durchaus nicht“, ruft der heffische Gesandte, Herr van Genden, dazwischen, „erit ist ja futurum vom Verbum sum.“

Diesen professoralen Dünkel erwidern die anderen mit einer Geringschätzung, die am krassensten in der Bemerkung des Königs Ernst August von Hannover hervorbricht, als er bei einer Gelegenheit, wo bei der Tafel von den Göttinger Sieben die Rede ist, in Humboldt's Gegenwart sagt: „Ach was, Professoren haben gar kein Vaterland; Professoren, Doren und Tängerinnen kann man überall für Geld haben, sie gehen dahin, wo man ihnen einige Groschen mehr bietet.“ Als Karl von Raumer an die Universität Breslau berufen wird, steht er mit Freunden, daß die Professoren der neuen Hochschule als belebendes Element des geselligen Lebens in allen

Kreisen hochwillkommen sind; nachdem er aber an einem hochgräflichen Tisch mit ansetzen muß, daß ein Ordinarius absteigt unter die Kinder gesetzt wird, küßt sich seine Freude etwas an und er zieht es vor, lieber nicht mehr auszugeben. Nimmt sich der Adel aber ja einmal eines gelehrten Unternehmens an, wie Stein der Monumenta Germaniae, die ihm eine Berzengensache waren, so begegnet die Ungelegenheit nur ihrer adeligen Teilnehmer wegen dem stärksten Mißtrauen. So schrieb ein Berliner Freund 1826 an Friedrich Werthe, von dem ihm diese Sammlung der deutschen Geschichtsquellen auf das wärmste empfohlen war: „Vergötterung des Mittelalters ist der Boden, auf dem alle die Aufregungen wachsen, darum lassen die vornehmen Herren die Jagel nicht aus der Hand, und die Grafen und Barone Solms, Stein, Wangenheim) und die guten Katholiken Ritzsch, Dandberg, Spiegel werden schon achtgeben, daß nichts gedruckt wird, was ihnen unangenehme Empfindungen bereiten könnte.“

Seit der Pietismus in gewissen Kreisen der höheren Gesellschaft Mode geworden war, hatten sich auch einzelne Adelige, wie die Herren von Quast, von Gerlach, von Lippelskirch u. a. dem Studium der Theologie zugewandt; mit Bezug darauf schreibt Barnhagen mit der ihm eigenen Geheißigkeit: „Seit es in der evangelischen Kirche Lusthaken auf reiche und angesehenen Stellen gibt, wenden sich auch wieder Edelleute zum Studium der Theologie.“ Gerade wie bei den politischen Gegenständen, den Liberalen und den Reaktionen keiner dem andern mehr eine eifrige Uebergang über redliche

*) Aus Bachs „Biedermeier“. Berlin, Bruno Cassirer, 1910. Eine unendliche Fülle von Material ist hier mit bedeutendem Verdienst so bearbeitet, daß ein lebendiges Bild jener Zeit gezeichnet wird, die mit uns am wenigsten haben, als bekanntlich und armütlich zu bezeichnen, und die in Wirklichkeit von politischen und gesellschaftlichen Stürmen demoralisiert, wie man sie ein Jahrhundert.

zwei und drei in Arbeit stehen, wird es diesen überhaupt räumlich oder zeitlich ohne Lohnverlust möglich sein, das Wahlrecht auszuüben? Das sollte mit unserem ersten kurzen Hinweis ausgesprochen sein. Es kommt aber noch etwas hinzu, was die Festsetzung dieses Wahltermins als nicht ganz unbefriedigend erscheinen läßt. Es wird in den zur Verfügung stehenden 4 Wochen die unter anderen Umständen zu ausflüchtender Wahlarbeit ausreichen, die Einwirkung auf die ländlichen Wähler eingengt, weil in dieser Zeit drängender Feldarbeit, die die Leute von früh bis spät in Anspruch nimmt, viele, weil ermüdet und abgepannt, überhaupt nicht in Wahlversammlungen gehen. War eine solche Einwirkung gerade auf diejenigen Wähler, die nicht konfessionell wählen würden, beabsichtigt, dann verzögert sie aber auch eine gewisse Sorge auf konfessioneller Seite hinsichtlich des Erfolges, dann scheint man das Mandat nicht mehr für sicher zu halten. Nur übersehen die Herren Konserverativen, daß solche Mittel sich noch stets gegen die Urheber gefehlt haben und unzureichend waren, das, was zum Fallan reif ist, zu halten.

Die Konservativen und die Regierung.

Ein Teil der konservativen Presse spinnst die Erörterung darüber fort, ob die Verbündeten Regierungen die Erbschaftsteuer vom Notblock angenommen haben würden, trotzdem die Regierung bereits vor 8 Tagen die bekannte Erklärung in der „Nordd. Allg. Zeitung“ gebracht hat, aus der man sich die Antwort klar hätte ablesen können. Die Regierung ist nun in den letzten Wochenabschnitten trotz der erneuten Angriffe nicht mehr auf die Frage zurückgekommen, hält also von ihrem Standpunkt aus die Frage für erledigt. Sie ist auch klar genug.

Im Jahre 1909 haben die Verbündeten Regierungen mit allem Nachdruck die Erbschaftsteuer vertreten, und kein Mensch zweifelt daran, daß sie sie angenommen haben würden, wie auch die Mehrheit beschloffen gewesen wäre, die sie beschloffen hätte. Ebenso ist es aller Welt bekannt, daß finanziell und finanzpolitisch die Einbringung der Erbschaftsteuer bedeutet haben würde, daß die Verbündeten Regierungen von vornherein beabsichtigten, Wehr- und Deckungsvorlage mit verschiedenen Majoritäten zu verabschieden, hat der Bundesrat von diesem Weg als einem praktisch ungangbaren abgesehen. Ob sich für den Fall, daß der Bundesrat die jetzt beschlossene Vermögenszuwachssteuer als unannehmbar erklärt haben würde, Parteikonstellationen hätten ergeben können, die der Regierung die Wehrvorlage und ihre Deckung unter Zuhilfenahme der Erbschaftsteuer präsentiert hätten, ist eine offene Frage. Hätten sich aber diese Konstellationen ergeben, so ist schlechterdings kein Grund abzusehen, weshalb die Verbündeten Regierungen ein solches Ergebnis ganz oder zum Teil für unannehmbar hätten erklären sollen. Sie würden pflichtwidrig gehandelt haben, wenn sie es getan hätten. Denn weit über allem Parteistreit mußte für sie die nationale Notwendigkeit stehen, unser Heer zu stärken und diese Stärkung finanziell zu sichern.

Diese Argumentation ist so einfach und zwingend, daß auch die Konservativen sich ihr nicht verschließen können. Sie wissen natürlich ganz genau, nicht nur, daß die Regierung so gehandelt hätte, sondern auch, daß sie so hätte handeln müssen. Wozu also der Varn? Was soll die konservativen Polikem? Sie dient in erster Linie agitatorischem Interesse. Die verkehrte und unfruchtbare Haltung der Konservativen soll veranschaulicht werden; und die berechtigten Bedenken, die die steigende Macht der Sozialdemokratie in weiten Kreisen erweckt, sollen für die Konservativen eingefangen werden. Neben dem agitatorischen Interesse geht das Interesse an ihrer parlamentarischen Machtstellung. Die ist nämlich desto stärker, je unwidriger es der Regierung gemacht wird, irgendeine Unterstützung von Seiten der Sozialdemokratie anzunehmen. Deshalb ist eine rein negative Haltung der Sozialdemokratie in allen Fragen die stärkste Stütze der konservativen Machtstellung. Seit die Sozialdemokratie angefangen hat, da und dort positive Anwendungen zu haben, fühlen die Konservativen diese Stütze ihrer Macht bedroht. Wenn die Sozialdemokratie nicht mehr die Unterstützung der Regierung ablehnt, so muß doch die Regierung die Hilfe der Sozialdemokraten ablehnen. Tut sie das unter allen Umständen, so gibt sie sich mit gebundenen Händen dem konservativen Willen preis. Die Konservativen sind eine rein parlamentarische Machtpartei geworden: sie wollen Macht über die Regierung. Daher das ganze Geschrei.

Wir glauben nicht, daß Männer wie Bethmann-Hollweg es gerne sehen, wenn die Sozialdemokratie sie unterstützt. Sie werden eine solche Unterstützung eher vermeiden wollen als suchen. Wenn sie sie nicht vermeiden können, so liegt die Schuld an den Konservativen und ihrem parlamentarischen Nachthunger.

Die Neuregelung der Veteranenfürsorge.

Mit dem Beginn des nächsten Bietjahres treten die Bestimmungen des Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer vom April d. Js. in Kraft. Es erhöhen sich infolgedessen die Beihilfen von jährlich 120 auf 150 Mark. Eines besonderen Antrages, dieser Erhöhung teilhaftig zu werden, bedarf es nicht. Den Witwen der Beihilfenempfänger werden die Bezüge der Verstorbenen vom 1. Oktober ab für die auf dem Sterbemonat folgenden drei Monate belassen; die Zahlung erfolgt in einer Summe im Voraus.

Das neue Gesetz erweitert aber auch den Kreis der für Beihilfen empfangsberechtigten Kriegsteilnehmer, und aus diesem Grunde sind die neuen am 1. Oktober in Kraft tretenden Bestimmungen für manche Kriegsteilnehmer, denen bisher eine Beihilfe nicht zugesprochen war, von Bedeutung. Denn die Beihilfen werden in Zukunft bei vorliegender, nicht nur bei vorübergehender Ursache beruhender Unterhaltungsbedürftigkeit gewährt, unabhängig von dem Nachweis der Erwerbsunfähigkeit. Zuwendungen Dritter werden bei der Prüfung der wirtschaftlichen Lage des Antragstellers nur insoweit berücksichtigt, als sie auf rechtlichen Verpflichtungen beruhen. Auch solche Reichsangehörigen, die infolge früherer Staatsangehörigkeit in französischen Diensten in oder vor den Jahren 1870/71 an kriegerischen Unternehmungen teilgenommen oder in dänischen Diensten die Kriege von 1864 mitgemacht haben, haben Anspruch auf die Beihilfen für Kriegsteilnehmer, sofern die Voraussetzungen des Gesetzes vorliegen.

Deutsches Reich.

— Eine Klasse der christlichen Gewerkschaften? Vor kurzem war von mehreren Blättern behauptet worden, Führer der christlichen Gewerkschaften hätten sich bei der letzten päpstlichen Enzyklika in aller Heimlichkeit der Kirche unterworfen und den deutschen Bischöfen Versprechungen gemacht, die in unmittelbarem Widerspruch zu ihren öffentlichen Äußerungen auf dem Wiener Kongreß gestanden hätten. Insbesondere die evangelischen Mitglieder seien getäuscht und hintergangen worden. Wie das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften nunmehr mitteilt, wird gegen sämtliche Blätter, die diese Beschuldigung weiter verbreiten, Klage eingeleitet. Heinrich Hoffmann, der sich von Hallersleben nannte, heftig angefeindet wurde, weil dies ein unwürdiges Kollaborieren mit dem Adel sei. Niemand schenke vor diesem Vorwurf geschützt zu sein, als gerade dieser Dichter, der nur in dem begreiflichen Wunsch, sich von anderen Hofmannen zu unterscheiden, den Namen seines Geburtsortes seinem Vaternamen hinzufügte; schließlich, die ganze Art des Namens, wie sie sich in seinen Schriften und in seiner weitverbreiteten Selbstbiographie offenbart, spricht dafür, ohne jede Verästelung des Adels. Aber wie viele von denen, welche so streng und unerbittlich über den Adel zu Gericht saßen und selbst den bloßen Anschein des Besessenen verurteilten, waren selbst stets geneigt, ihren guten Namen durch ein davor geflüchtetes „von“ ein scheinbar höheres Ansehen zu geben, um sich zum Geburtsadel rechnen zu dürfen. Selbst der Umstand, daß die Erhebung in den Adelsstand ein Vorzug war, in den die Bürgerlichen sich mit den fürstlichen Würdigen zu teilen hatten, hat nur wenige davon abgehalten, den Stolz auf ihren geachteten Namen bis zur Ablehnung des Adels zu treiben. Das Bürgertum folgte hierin dem Zug der Zeit, der in einem vielleicht unbewußten Gegensatz gegen die inwärtigen Tendenzen des Jahrhunderts um so größeren Wert auf die Keuschheit der Standesunterschiede legte, je geringer mit jedem Tag der wirkliche Wert derselben wurde. Die allgemeine Anzucht einer Zeit, in welcher der Adel auf größeren Besitz und höheren Stand beherrschte, teilte sich dem Herrscher so gut mit wie dem Arbeiter; wie dieser sich seines Berufes

breitet haben, gerichtliche Klage angestrengt werden. Die Vertrauensmänner der christlichen Gewerkschaften werden aufgefordert, alle in Frage kommenden Zeitungen dem Generalsekretariat in Köln einzuliefern.

Die Haushaltungskosten im ersten Halbjahr 1913.

Die enorme Verteuerung aller wichtigen Lebens- und Genussmittel, die im Jahre 1911 einsetzte und im Jahre 1912 beängstigende Fortschritte machte, ist noch nicht überwunden. Obwohl im ersten Halbjahr 1913 die Preise — vor allem der vegetabilischen Nahrungsmittel — etwas zurückgegangen sind, bleibt im Vergleich zum Jahre 1911 doch noch eine ganz erhebliche Verteuerung bestehen, so daß die Annahme gerechtfertigt erscheint, daß das Niveau der Lebensmittelpreise nicht wieder auf den Stand früherer Jahre zurückgehen wird, daß vielmehr die Verteuerung bis zu einem gewissen Grade eine chronische ist. Nach zuverlässigen Berichten über die Preisbewegung der wichtigsten Lebens- und Genussmittel in ca. 100 deutschen Städten berechneten sich die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelkaufes einer vierköpfigen Familie, Eltern und 2 Kinder, in den ersten sechs Monaten auf Mark:

Monat	1911	1912	1913	Steigerung von 1911 bis 1913
Januar	23,00	24,00	26,01	+ 2,81
Februar	23,01	24,00	25,96	+ 2,26
März	23,00	23,18	25,83	+ 2,23
April	23,80	23,74	25,61	+ 1,81
Mai	23,72	23,22	25,43	+ 1,71
Juni	23,97	23,85	25,35	+ 1,38

Die Verteuerung gegenüber dem Jahre 1911, die im Januar 1913 noch 2,51 M. betrug, ist also im Juni d. Js. auf 1,38 M. zurückgegangen. Für die wichtigsten preussischen Gebiete ergaben sich im Juni 1911 bis 1913 folgende Indizes in Mark:

Januar	1911	1912	1913	Steigerung von 1911 bis 1913
Groß-Berlin	23,07	23,88	26,03	+ 2,96
Brandenburg	23,01	23,28	25,44	+ 2,43
Pommern	23,02	23,85	25,07	+ 2,05
Posen	23,41	23,00	23,88	+ 0,47
Sachsen	23,48	23,40	25,97	+ 2,49
Sachsen-Anhalt	23,48	23,40	25,96	+ 2,48
Dannover	23,36	23,40	25,73	+ 2,37
Schlesien	23,48	23,51	25,73	+ 2,25
Ober- und Nieder-Sachsen	23,97	23,85	25,45	+ 1,48
Rheinland	23,99	23,71	25,44	+ 1,45

In den außerpreussischen Landesteilen des Deutschen Reiches betragen die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelkaufes durchschnittlich in Mark:

Januar	1911	1912	1913	Steigerung von 1911 bis 1913
Hannover	24,21	25,00	25,70	+ 1,49
Hr. Sachsen	23,80	23,61	25,21	+ 1,41
Württemberg	24,20	23,88	24,94	+ 0,74
Baden	23,94	23,25	25,02	+ 1,08
Bayern	23,82	23,50	25,00	+ 1,18
Alt-Preußen	23,76	23,11	23,27	+ 0,51

Obwohl in einem erheblichen Teil Deutschlands die Kosten des Nahrungsmittelkaufes bereits unter das vorjährige Niveau herabgegangen sind, ergibt sich im Vergleich zum Jahre 1911 noch durchweg eine beträchtliche Steigerung der Indizes.

Das Wetter.

* Berlin, 21. Juli. Herklich kaltes Wetter hat sich mit einem Male eingestellt, nachdem durch das Gewitter am gestrigen Sonntag mittag der Thermometerstand in ziemlich kurzer Zeit um 7 Gr. zum Weichen gebracht worden war. Die augenblickliche Luftdruckverteilung ruff die ungünstigste Witterung hervor, die in Deutschland während der Sommermonate überhaupt vorkommen kann. Wir befinden uns seit längerer Zeit im Schwelgen der Depression; auf ihrer anderen Seite, im Nordosten, herrscht anbaunder schöner und selbst heißes Wetter; Spataranda meldet seit mehreren Tagen Morgenstemperaturen, die zu den höchsten von ganz Europa gehören, und auf der gestrigen Wetterkarte war in der Tat Spataranda neben Florenz der wärmste Ort des ganzen Erdteils! Auch am Weichen Meer und

jenen des Polarzuges herrscht sehr warmes, herrliches Sommerwetter — in Deutschland aber ist es herbstlich kalt. Der heutige 21. Juli scheint einer der kältesten Julitage werden zu wollen, die überhaupt jemals in Berlin beobachtet worden sind. Eine kleine Besserung wird ja wohl bald erfolgen, aber eine durchgreifende Veränderung des Wetters ist in nächster Zeit wenig wahrscheinlich, denn die Tiefdruckverteilung weist seit längerer Zeit eine gewisse Beständigkeit auf, die wohl fürs erste große Umwälzungen kaum erwarten läßt.

Die Sonne ist im Aries... Von einem Feler, der, wie taufend andere, unter den schlimmsten Wetterverhältnissen der letzten Wochen zu leiden gehabt hat, geht der „Straß. Post“ das folgende Verzweiflungsgedächtnis des Sommerkämpfers von 1913 an:
Hieg, Käfer, Hieg!
Die Sonne ist im Krieg!
Die Sonne ist im Balkanland;
Balkanland ist abgebrannt!
Hieg, Käfer, Hieg!

Verbandstag der Rabattsparevereine Deutschlands.

(Von unserem Korrespondenten.)
sh. Würzburg, 21. Juli.
Der über 7000 Mitglieder zählende Verband der Rabattsparevereine Deutschlands trat hier im Blauschen Garten zu seinem 11. Verbandstag zusammen, der von Delegierten aus allen Teilen des Reiches statt besucht war. Bei der heutigen Hauptversammlung waren anwesend Staatsminister a. D. Regierungsrat v. Brettreich, Regierungsdirektor Meyer als Vertreter des Gesamtministeriums, Poetel Bürgermeister Brand, ferner Delegierte der Handels- und Gewerkschaften, Landtagsabgeordneter Hammer (Lehndorf-Berlin), der württemberg. Landtagsabgeordnete Hiller; weiterhin waren vertreten die Handelskammern Baden, Chemnitz, Darmstadt, Elberfeld, Halle, Hannover, Hildesheim, Kiel, Raunheim, München, Offenbach a. M., Stuttgart, die Gewerkschaften Leipzig; von befreundeten Verbänden hatten Delegierte entsandt: die Reichsorganisation der Kaufleute von Österreich, der Reichsdemokratische Mittelstandsbund, der Volksverein für das katholische Deutschland, der Zentralverband für Handel und Gewerbe und die Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe.

Der Vorsitzende des Verbandes C. A. Ricolaus (Bremen) eröffnete den Verbandstag mit einer Ansprache, in welcher er zunächst alle erschienenen, besonders die Vorkämpfer, herzlich willkommen hieß. Der Vorsitzende führte dann weiter aus: Das selbständige Detailhandelsleben befindet sich nach wie vor in einer schwierigen Lage. Winter und jetzt ein Jahr, das infolge der gesunkenen politischen Verhältnisse und der sich daraus ergebenden Uebelstände das Erwerbleben unseres Landes ungünstig beeinflusst. Ihm machen sich auch die verheerenden Einwirkungen fühlbar, und es bedarf oft der äußersten Anspannung, sich im wirtschaftlichen Kampfe zu behaupten. Keine sozialpolitische Seite brachte uns sodann die Angelegenheiten der Gewerkschaften, und große Tatkraft erforderte die Abwehr unserer Standesfeinde, der Konsumvereine, der Warenhausgeschäftsart usw. Staat und Gemeinde schütten uns nicht genügend gegen den heimlichen Warenhandel, und der Eingriff der Städte in unser Wirtschaftsgebiet erfordert manche Zurückweisung. Dennoch wollen wir auch das zu unserem Besten Geschehene würdigen und manche uns freundliche Rüge anerkennen. Der Redner endete schließlich mit einem Hoch auf den Kaiser u. den Prinzregenten Ludwig von Bayern.

Es folgten hierauf einige Begrüßungsansprachen. Darauf erstattete Generalsekretär Bepthien (Hannover) den

Jahresbericht.
Aus den Ausführungen des Referenten heben wir folgendes hervor: Dem Verband gehören König von Hannover erriet er mit dem König von Württemberg in einen festigen Rangkreis, er beanspruchte den Vortritt, weil er von älterem Kurfürstentum, lehterer, weil er von älterem Königstam sei. Solche Beispiele wickler aufstehend. Frau von Rochow erzählt, daß die Rangreihfolge am Berliner Hofe nie zur Ruhe gekommen seien und man ein besonderes Ungeduld in ihrer Behandlung bewiesen habe. Die abnehmende Bedeutung von Standesunterschieden, die auf Anschauungen basierten, welche längst ihre Geltung verloren hatten, mußte ganz notwendig dazu führen, daß man der Entwertung derselben gewissermaßen durch einen Rangsturz begegnen wollte. Die Gesellschaft berücksichtigte in Wirklichkeit nur noch die Unterschiede von arm und reich. Der Adel, der bis dahin die erste Stelle eingenommen hatte und nun je länger je schneller in das Proletariat von Heer und Beamtenwelt hinabsank, sah sich Ansehen völlig in Frage gestellt, und da er es dem erwerbenden Bürgertum nicht gleichsetzen konnte, so suchte er den mangelnden Besitz durch Titel und Vorträge aller Art zu kompensieren. Indessen zerfielen von den Einrichtungen, mit denen er sich absperrten suchte, eine nach der anderen. Die Abnahme auf 16 adelige Ämter väter. und mütterlicherseits, die z. B. noch für Erwerbung des Zobannerordens bestand, die in Sachsen sogar noch von den Mitgliedern des Landtags gefordert wurde, mußte abgeschafft werden, denn bei dem Einbringen des Bürgertums in adelige Familien fand sich bald niemand mehr, der sie hätte ablegen können. Als Stand ergrifferte der Adel gar

zurzeit 467 Rabattparvereine mit 70 400 Mitgliedern an. Ein umfassender Organisations- und Verwaltungssaparat, zwei Zeitungen, umfangreiche Literatur, eine Revisionsvereinigung und fünf Unterverbände sorgen für die Ausbreitung der Bewegung. Auch die Einrichtungen der Einzelvereine sind musterhaft. Eine Anzahl Vereine haben Prämienverteilungen und sonstige Vereinskampanien veranstaltet, haben Haushaltungsbücher, Vereinszeitungen usw. herausgegeben, und haben so auf das Beste auch außerhalb des eigentlichen Zwecks des Vereins, der Rabattgewährung, sich nach Kräften um das Wohl ihrer Mitglieder bekümmert. Zahlreiche Vereine haben auch Rechtsauskunftstellen, Einziehungskämter für ausstehende Forderungen, schwarze Listen mit Mahnverfahren, Buchführungskurse, Stellenvermittlungen, Unterstützungsfonds und Sterbefällen eingerichtet. Sämtliche Vereine berichten übereinstimmend über eine bedeutende Erhebung der Barzahlung, wie auch eine erhebliche Milderung des Konkurrenzkampfes, was Tausenden früher in aufreibendem Wettbewerb stehenden Kaufleuten ein Gefühl der Beruhigung bereitet. In 78 Fällen führten die Vereine gegen unantere Wettbewerber durch Ueberwachungskomitees wird überall die Form des Wettbewerbs kontrolliert. Hausreisen, Detailreisen, Versandgeschäfte und Warenlager haben hier und da leider Zunahme erfahren. Der gemeinsame Einkauf fand im Verlande starke Förderung; 129 Vereine haben ihn bereits eingeführt.

Der Redner geht sodann auf die Konsumvereine ein und bringt zahlreiche Beispiele für die rücksichtslose Agitation gegen das freie Geschäftsleben, Boulellis aus Anlaß der Wahlen usw. Er befragt die längeren die Verhandlungen des Evangelisch-sozialen Kongresses in Hamburg, auf welchem nach seiner Ansicht für die Konsumvereine eine unberechtigte Propaganda gemacht worden ist. Im Kampf gegen die Konsumvereine haben sich die Rabattparvereine als erfolgreiche Gegner bewiesen. Im Verlauf des Wirtens der Rabattparvereine wurden in 179 Fällen an Orten, in denen Konsumvereine bestanden, ein Stillstand in der Vereinsentwicklung, Sinken des Umsatzes und der Mitgliederzahl, Niedergänge durch Massenaustritte, Auflösungen und Konkurse gemeldet, und im letzten Jahre berichteten 128 Rabattparvereine über direkte Erfolge gegenüber dem Konsumvereinswesen. Weit erheblicher ist wohl der Einfluß, der auf die rechtliche Veränderung neuer Gründungen ausgeübt wird, wofür der Redner mancherlei Beispiele brachte. — Auch gegen die Warenhäuser ist der Verband mit Erfolg vorgegangen. In großen Prozessen unterlagen die Warenhäuser gegenüber den Rabattparvereinen. Im allgemeinen hat sich die dem gesunden Detailhandel von der Warenhausentwicklung drohende Gefahr aber vermindert als vermehrt, wenn man Berlin und die übrigen größten Städte anschaut. 68 Rabattparvereine berichten, daß in ihren Städten das Warenhauswesen nicht vorwärts kommt, an Umsatz eingebüßt und an Vertrauen verloren hat.

Auch an sonstigen wichtigen Detailhandelsfragen nahm der Verband oft in bestimmter und erfolgreicher Weise Stellung. Der Revisionsvereinigung des Verbandes gehören zurzeit 120 Vereine an; ihr Bestand verdoppelte sich gegen das Vorjahr. Mit besonderem Nachdruck trat der Verband den Steuerumgehungsabsichten der Konsumvereine, den Fabrikantenzugaben, manchen irreführenden Reklamen, dem Verkauf zu Fabrikspreisen, den Schwindelstrichen, dem direkt betäubenden Fabrikanten, dem Tabakstraß usw. entgegen. In der Behandlung der Petroleummonopolfrage stand er mit an erster Stelle. Eine Uebersicht über die vom Verband herausgegebenen, sowie von anderer Seite über ihn verbreitete Literatur, sodann ein Hinweis auf die zahlreichen Anerkennungen, welche der Verband von Seiten der Regierungen, Stadtverwaltungen, Volkswirtschaftlern, Parlamentariern, Handels- und Handwerkskammern usw. gefunden hat, vervollständigen das von dem Redner gegebene interessante Bild. Der Vortragende erntete lebhaften Beifall.

Sodann referierte Landtagsabg. Müller (Stuttgart) über

Die Konsumvereinsgefahr und die Gegenwehr des Mittelstandes.

Man darf, so führte er aus, in den kaufmännischen Kreisen über die Konsumvereinsgefahr nicht heranziehen wie die Frage um den hiesigen Preis. Es heißt, wir sind rücksichtige Menschen, weil wir eine unauhaltbare Bewegung bekämpfen wollen. Aber es gibt keine unauhaltbare Bewegung. Auch die Konsumvereine sind nicht vom Himmel gefallen, sie sind entstanden mit Willen der Gesetzgebung, und die Gesetzgebung könnte, wenn sie wollte, die Konsumvereine beseitigen. Man will es aber nicht. Bei vielen der Konsumvereine kommt nicht in Betracht die Absicht, billiger Preise für ihre Konsumenten zu sichern, sondern die Beseitigung der selbständigen Existenzen. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den Konsumvereinen war nicht immer dieselbe wie heute. Auf dem Parteitag in Hannover 1899 wurde eine Resolution angenommen, in welcher den Konsumvereinen eine entscheidende Bedeutung für den Bekämpfungskampf der Arbeiter nicht beigegeben wurde; heute hat sich das geändert. Die Sozialdemokratie bezieht mit Hochdruck die Gewinnung von Mitgliedern für die Konsumvereine und es ist kein Zufall, daß in den Konsumvereinen die Führer meistens Sozialdemokraten sind. Die große Masse des Bürgeriums und die Regierung steht diesem Bestreben der Sozialdemokratie aber leider teilnahmslos gegenüber. Dabei bedarf es des Programms der Sozialdemokratie völlig mit dem der Konsumvereine. Als Abhilfe verlangt der Redner zunächst die Staatshilfe. Dagegen soll man sich nicht sperren, denn die übrigen großen Berufsstände appellieren auch an die Staatshilfe, z. B. die Großindustrie und die Landwirtschaft. Nicht das Großkapital sollte man, wie ein Staatssekretär im Reichstage verlangte, pflichtig behandeln, sondern den Mittelstand. Es ist dringend notwendig, daß die Geschäftsleute des Handels- und Gewerbestandes sich in dieser Frage solidarisch fühlen und gemeinsam vorgehen. Der Referent empfiehlt daher die Schaffung einer Zentralstelle zur Bearbeitung von Mittelstandsfragen, die gemeinsam mit anderen Mittelstandsorganisationen geschaffen werden soll, und legt eine Resolution vor, in welcher ausgesprochen wird, daß der Verbandstag in der Konsumvereinsbewegung eine große Gefahr für den kaufmännischen und gewerblichen Stand und das ganze Staatsvolk erblickt. Der Vorstand soll zur Klärung des Publikums beauftragt werden, eine populäre geschilderte Broschüre herauszugeben, für die ein Preisauschreiben erlassen werden soll. (Beifall.)

Der zweite Referent zu diesem Thema, Sekretär Reichmüller (Eibersfeld), beleuchtete an der Hand von Zahlen die Gefahr der Konsumvereinsbewegung und forderte die Mitglieder auf, eine größere Opferwilligkeit für die Zwecke des Verbandes an den Tag zu legen. In der Debatte ging Landtagsabg. Hammer (Zehlendorf) auf die gesetzgeberischen Arbeiten betreffend die Konsumvereine ein. Seit dem Jahre 1906 haben die Konsumvereine in Preußen durch das Eingreifen der rechtsstehenden Parteien ihr Steuerprivileg verloren. Der Erfolg war, daß z. B. bei dem Prädauer Konsumverein in einem Jahre an Steuern 269 000 M. gezahlt wurden. — Darauf trat eine Pause ein.

Nach der Pause beantragte zu dem Thema „Einführung eines einheitlichen Geschäftszeichens für alle dem Verband der Rabattparvereine Deutschlands angegliederten Geschäfte“ der Referent Sekretär Schleicher (Ulm) die Einführung eines solchen Geschäftszeichens, sowie eines einheitlichen Verbandszeichens, das an den Geschäften anbringen sei. Nach dem Geschäftsabzeichen sollen Mellemarten ausgefertigt werden, auf dem Abzeichen sollen die Buchstaben „R. S. V.“ angebracht werden. Der Redner glaubte, daß sich diese Bezeichnung nach und nach einbürgern würde, wie etwa die Bezeichnungen „Sovag“, „Delag“ und ähnliche. — In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß namentlich große süddeutsche Vereine schon erhebliche Kosten für Vereinsbücher aufgewendet hätten, die dann wertlos würden. Der Antrag wurde denn auch abgelehnt.

Träger von ihren bürgerlichen Berufsgenossen betrachtet werden.“ Diese Abneigung fand ihren höchsten Ausdruck in dem Antrag, den der berühmte Naturforscher Karl Vogt, ein Neffe der Brüder Hölzer, in der Bauhütte einbrachte, nämlich den Adel abzuschaffen, indem seine Annahme freigegeben würde. Dieser Antrag beweist nur, wie kurzfristig doch der Damm macht. Karl Vogt hätte besser getan, statt der Abschaffung des Adels eine Zwangseinführung desselben vorzuschlagen, etwa in der Weise, daß die Hochadeligen genötigt wären, je nach dem Umfang ihrer Steuerquote ein mehr oder minder hohes Adelsprädikat für ihre Person zu erwerben, das würde dem Adel nicht nur angewiesen, sondern auch finanziell nutzbar gemacht haben.

Kunst, Wissenschaft u. Leben.

Mannheimer Künstler auswärts.

Emil Schlegel, der seine Gesangsausbildung hier erlangen hat und in früheren Jahren bei städtischen Konzerten im Nibelungenaal wirkte, zulezt am Klauen Stadtheater tätig, ist zurzeit am Stadttheater in Bern als Regisseur und Kapellmeister engagiert. Der „Kognit-Anzeiger“ in Klauen schreibt über seine künstlerische Tätigkeit: „Emil Schlegel, der durch zwei Spielzeiten hindurch eine der verlässlichsten und wichtigsten Stützen des Klauen Stadtheaters war und sich als Künstler wie als Mensch allgemeiner Wertschätzung erfreute, wirkt zurzeit am Stadttheater in Bern, der schönen Schweizer Bundesstadt. Wie zu erwarten war, hat er sich dort ebenfalls sehr bald die Gunst und An-

Zu dem Thema:

Gesetzliches Verbot des Jugabewehens

führte der erste Referent Philippus (Gildesheim) aus, daß das Jugabewehen ein unläuterer Geschäftsbetrieb sei. Der Vorstand des Verbandes habe ein Rundschreiben an sämtliche Vereinigungen des Reiches gerichtet und um gesetzliche Regelung der Materie bezw. um Vorschläge dazu ersucht. Sämtliche Detailverbände sind für ein gesetzliches Verbot des Jugabewehens eingetreten, allerdings mit der Einschränkung, daß zunächst an die Selbsthilfe zu appellieren sei. Es sind auch Millionen von Flugblättern in diesem Sinne hinausgegangen, aber kein Fabrikant ist in der Lage gewesen, einmal eingeführte Jugaben abzuschaffen, und die Sache greift jetzt immer weiter um sich. „Drei Tage in der Seestadt Hamburg“, „Eine Nordlandreise“ wird jetzt zugegeben, und wenn es so weiter geht, werden wir es noch erleben, daß bei einem bestimmten Verbrauch von Seife oder Margarine und eine Kreisfahrt über den Ozean im Zepplin-Luftschiff in Aussicht gestellt wird. (Heiterkeit.) Solange derartige Angebote gemacht werden dürfen, wird die große Menge immer wieder darauf hineinfallen. Die Selbsthilfe hat also keinen Erfolg gezeigt, daher müssen wir aussprechen, daß der Detailistenstand die Beseitigung des Jugabewehens auf gesetzlichem Wege verlangt. Der Referent empfahl sodann folgende Resolution:

Paragrah 2 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs soll folgenden Zusatz erhalten: „Es ist verboten, in öffentlichen Bekanntmachungen, Schaustellungen oder Mitteilungen, die für einen größeren Kreis von Personen bestimmt sind, Jugaben oder Geschenke, bestehend in Waren irgend welcher Art oder sonstige den Jugaben gleichzusetzende Vergünstigungen zu versprechen.“

Korreferent Michels (Wildeburg) schloß sich diesem Antrag an und bedauerte, daß die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin und die Duisburger Handelskammer einen entgegen gesetzten Standpunkt einnehmen. — Landtagsabgeordneter Hammer (Zehlendorf) konstatiert, daß er im Abgeordnetenhaus einen ähnlichen Antrag eingebracht habe, der allerdings infolge weiterer Gehe, als er eine bestimmte Strafe für Uebertretung der Bestimmungen verlangte. — Verbandskomitent Lembke erklärte sich für den Antrag des Abg. Hammer. Letzterer hat, daß sein im Abgeordnetenhaus gestellter Antrag von dem Vorstand aufgenommen werden möge, was auch geschah. Der Vorstand machte sich die Resolution zu eigen mit dem Zusatz, daß eine Ueberprüfung des Verbotes notwendig sei. Nach einer längeren Diskussion gelangte dieser Antrag zur Annahme. Die Beratungen werden morgen fortgesetzt.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 22. Juli 1913.

Eine evangelische Kirchen-gemeindeversammlung.

Am Mittwoch, den 23. Juli, abends 8 Uhr, in den Konfirmandensalen der Christuskirche mit folgender

Tagesordnung

1. Feststellung des Bescheides zur Rechnung des Kirchen- und Almosenfonds für 1911.
2. Feststellung des Bescheides zur Rechnung des Pfarrwitwen- und Waisenfonds für 1912.
3. Befehung der Melanchthonsparrei.
4. Abfassung der Stolaebühren.
5. Errichtung einer weiteren Pfarrei für den Lindenhofstadtteil und Umwandlung eines Stadtvikariats der Trinitatiskirche in eine Pfarrei.
6. Erwerbung eines Pfarrhauses für die Nordparrei der Johannisikirche.
7. Wahl eines Kirchenältesten und zweier Erprobanten für die Kirchengemeindeversammlung. Bei der Errichtung der Vorlagen wird folgendes angesetzt:

Befehung der Melanchthonsparrei.

Der Großherzog hat genehmigt, daß von den Werberbern um die Melanchthonsparrei

folgende sechs Pfarren der Gemeinde zur Auswahl genannt werden: Nebenhöfer Heinrich, Pfarre in Sandbäumen, Bachmann Heinrich, Pfarre in Neustadt, Ernst Wilhelm August, Pfarre in Friesenheim, Schmitt Friedrich Karl, Pfarre in Stebbach, Kille Karl, Pfarre in Mühlbach und Degen Erwin, Pfarre in Hlosterhausen. Die Kirchengemeindeversammlung hat nun darüber zu beschließen, ob sie über die Person der zur Auswahl bezeichneten Bewerber noch weitere Erhebungen machen will oder nicht, oder zu erklären, daß sie zur Pfarrwahl bereit sei.

Klösung der Stolaebühren.

Der Beschluß der Kirchengemeindeversammlung vom 7. März d. J., mit welchem die jährliche Stolaebührenablieferung an die Kirchenmännlichkeit für alle Geistlichen auf M. 2000 festgesetzt wurde, hat zunächst mit dem Ergebnis kam, daß der Kirchenrat vom 21. März d. J. eine Ablehnung erfahren mit der Begründung, daß nach Art. 3 des Gesetzes vom 14. Dezember 1894, die Abfassung der Stolaebühren betr., eine Neuregelung nicht vor Ablauf von fünf Jahren nach der auf 1. Juni 1900 erfolgten letzten Regelung, also nicht vor dem 1. Juni 1914 eintreten könne. Zur Prüfung der rechtlichen Seite dieser Frage leitete der Kirchengemeindeverrat eine gemischte Kommission ein, welche an dem Ergebnis kam, daß eine der Bestimmungen des Gesetzes entsprechende Neuregelung seit der erstmaligen Abfassung überbaut noch nicht stattgefunden hat. Die ergründeten Verhandlungen waren ausnahmslos infolge Anwesenheit der Pfarreien erforderlich u. können nicht als Neuregelung im Sinne des Gesetzes angesehen werden. Der Kirchengemeindeverrat hat sich dem Gutachten der Kommission angeschlossen und erneuert den Antrag auf Ueberprüfung des gesetzlichen Beschlusses. Der Kirchenrat ist daraufhin in eine materielle Prüfung des Antrags eingetreten und hat unterm 28. Mai d. J. eine Berechnung des durchschnittlichen jährlichen Stolaebührens für die Jahre 1908 bis mit 1912 unter Annahme der bei der erstmaligen Abfassung angenommenen Höhe verlangt. Diese Berechnung ergab eine durchschnittliche jährliche Stolaebührens von M. 13 000,00. Hierbei ist die tatsächliche Zahl der Hausstätten und Konfirmanden in die Berechnung eingeleitet worden, während bei der erstmaligen Abfassung nur die berechneten Konfirmanden für den ersten Teil aller Konfirmanden und für den zweiten Teil aller vollzogenen Trauungen die Gebühr für Konfirmanden angesetzt worden war. Bei gleichmäßiger Neuberechnung erhöht sich der berechnete Jahresdurchschnitt der Stolaebühren auf M. 13 579,72. Auf Vorlage dieser Berechnung an den Kirchenrat ist nun ein Erlaß ergangen, nach welchem eine nachmalige Ueberprüfung der tatsächlichen Berechnungen stattzufinden hat. Ueber die Stellungnahme des Kirchengemeindeverrats zu dieser Frage wird in der Verammlung mündlich Bericht erstattet werden.

Errichtung einer weiteren Pfarrei für den Lindenhofstadtteil und Umwandlung eines Stadtvikariats der Trinitatiskirche in eine Pfarrei.

Die als bereits anerkannt und wiederholt aus der Mitte der Kirchengemeindeversammlung unterföhrten Bestrebungen, die überaus großen Pfarrebezirke im Interesse der geordneten Seelsorge in kleinere Gemeinden umzuwandeln, haben den Kirchengemeindeverrat dazu geführt, mit der Vorlage die Errichtung einer weiteren Pfarrei für den Lindenhofstadtteil und die Umwandlung eines Stadtvikariats der Trinitatiskirche in eine Pfarrei zu beantragen und folgende Vorschläge: 1. Die obere Pfarrei der Trinitatiskirche erhält die Quadrate A bis einschl. G und den westlichen Teil des Schloßes, Seelenzahl ca 6300. 2. Der unteren Pfarrei der Trinitatiskirche werden die Quadrate H, J und K sowie das zwischen der

erkenntnis von Kritik und Theaterbesuchern erworben. Die Nachkritik der verschiedenen Berichter Zeitungen beurteilt die Leistungen des Herrn Schlegel als Regisseur und Opernsänger auf das ehrenvolle. So sagt der Kritiker des „Berliner Tagbl.“ über eine Aufführung des „Wassenschmieds“ u. a.: „Es war eine Freude, zu sehen, mit welcher künstlerischer Schöpfung die Regie, für die Herr Schlegel zeichnete, den Welt, der in der Oper liegt, fühlte. ... Herr Schlegel zeichnete sich selbst durch sehr gewandtes Spiel, durchformige Erleuchtung und unverfälschten schwäbischen Dialekt, sowie durch die für den Ritter Uebelhof erforderliche Stimmkraft aus.“ Ähnlich urteilt der „Berliner Tagbl.“ bei einer Aufführung der „Weiden Schönen“ über Herrn Schlegel als Regisseur. „Allen voran steht er als wahre Klangleistung der Oberst Oberdorf (Verteufelung) des Herrn Schlegel, welcher in dieser Rolle seine größten suchte“, lautet ein anderes Urteil des „B. Tagbl.“. In einer Kritik des „Bund“ über eine „Don Juan“-Aufführung heißt es: „Herr Schlegel bewahrt den Vaporello vor Ueberdeutungen und sang die Regisseur-Arie mit gutem Geschma.“ Gleich günstig lautet die Urteile, die Herr Schlegel als Donner im „Aheingold“ und in anderen Rollen zefunden hat.“

Doktor Bürgers Ende. (Rechte Blätter eines Tagebuchs.)

Manuere geschieht's, daß in einem Meer neuer Bücher eines ein kühles Leuchten aufsteigt und mit geheimnisreichem Tauber Aufstöhnen und andächtig Lauschen macht. Nicht selten sind's die unscheinbaren, die so wirken, die augenfällig stillen und weltfernen.

So geschah es jetzt wieder mit einem schmalen Heftchen, das in überbescheidener ästhetischer Form im Aufgebirge erschien: „Doktor Bürgers Ende“. Es seien Tagebuchblätter eines jungen Arztes, der am 16. Mai 1908 in seinem Schreibzimmer als Leiche aufgefunden wurde, meldet Hans Karossa, der sie gesammelt hat.

Und auf wenigen Blättern entfällt sich dann ein Schicksal, überreich an Erleben, ergreifend in seinem Ausgange. Sie sind gefüllt mit edelstem Herzblut.

Sie geben Naturbilder, hoheitsvoll, von Liebe durchdrungen, die durchglutet ist von reinem Fühlen. Sie melden von einer ärztlichen Arbeit, die frei von allem Handwerksföhrchen, in fremden Bühnen und Leben sich tief verankert. Sie freuen sich des Vertrauens mancher Menschen; der Dankbarkeit der Genesenen, der festen Liebe der Unheilbaren. Und sie zeugen doch auch von dem dumpf vererbenden Damm, der dies Leben trübt und niederhält, auch wo es in anderen innig sich verliert und in kühnem Feuer aufsteigt. Sie segnen alle diese Schmerzen, diese Bitternisse, die heilsam sind wie die Säure der Bienen.“ Aber sie finden auch die wildige Stärke, mit der ihr Dichter aus ihnen scheibet, um den verlorenen Frieden zu finden, als seine Zeit um ist und zu vergehen „unter der nahen, Furcht sprühenden Wölkung des Himmels.“

Sie lassen mit tiefem Schmerz von sich scheiden, zugleich aber auch mit der erhebenden Bewunderung für die stille Größe, die reiche Farbe Menschlichkeit, die hier in verborgenen Qualen sich selbst verzehrt.

Vierdesport.
 * De Miracle, der Gewinner des vorjährigen Großen Preises, von Karlsdorf, ist aus dem in Auflösung begriffenen Stall des Herrn Eisen in den Besitz des Major M. Schmidt übergegangen, der den in diesem Frühjahr schwer niedergeborenen Balach, falls er wieder hergestellt ist, lediglich als Reitpferd benutzen will, anderfalls aber erschlagen lassen wird. De Miracle ist jetzt zehnjährig und hat schon verschiedene schwere Niederdrücke gehabt, um aber immer wieder einmal auf die Beine zu kommen.

Lufftschiffahrt.
 B. Konstanz, 21. Juli. Der Verein für Lufftschiffahrt am Bodensee hielt Samstagabend eine außerordentliche Mitgliederbesammlung ab. Herr Hauptmann von Kalinowski, der Vorsitzende der Fluggesellschaft des Vereins, berichtete über die Verpflichtungen des Vereins beim Wasserflug, den die Schwabengruppe des Deutschen Lufftschiffahrtsverbandes veranstaltete. Allein der Verein hatte eine Ausgabenliste von rund 45 000 Mark. Durch vorzügliche Finanzierung hatte der Verein aber glücklicherweise mit einer Schenkung von 5000 Mark, eine etwas größere Einnahme, so daß der Verein mit einer kleinen Gewinnsumme aus dem Risiko herausgeht. Hinzukommen noch die für den Bau der Schiffe und der Motorboote herbeigeholten Werte. Das Wetter war sehr während der ganzen Veranstaltung sehr ungünstig, was den Besuch des Wasserfluges sehr beeinträchtigte. Der Flug fand aber in der ganzen Öffentlichkeit beste Aufnahme und Bewunderung, und die Kritik war immer wohlwollend. Dankbar anerkannt wurde die wohlwollende Tätigkeit der gesamten Presse am Bodensee sowie, wie in ganz Deutschland und der Schweiz. Im nächsten Jahre besteht die Möglichkeit, daß der Verein zeitlich mit dem Kaiserlichen Motor-Yacht-Club von Deutschland eine große Veranstaltung veranstaltet.

Stimmen aus dem Publikum.

Zoologischer Garten.
 Das Eingangsamt des Herrn Dr. H. im Abendblatt des 19. Juni habe ich, wie wohl mancher andere „Lindener“ auch, mit Interesse gelesen und mich gefreut, daß die längst in dieser Sache veröffentlichten Besen doch nicht ganz zwecklos waren. Wir sind jetzt schon zu „dreien“, die sich um die kühne Sache annahmen. Hoffentlich finden sich weitere Freunde und Freundinnen dieser schönen Sache, damit Herr Dr. H. nicht, ein Komitee zu bilden, bald verwirklicht werden könnte. Nun zu den einzelnen Punkten:

Selbstredend wäre es ganz falsch, wenn, wie Dr. H. es anscheinend aufpaßt, jemand angelegt hätte, den „Waldbau“ zum Waldpark umzuwandeln. Davon war doch keine Rede, sondern es sollte nur feinerseitig gesagt werden, daß im Waldpark „gebetet“ kaum dafür geschaffen werden könne. Ob dies nun bei der „Silberpappel“ oder in der Gegend des „Gunde-Waldes“ ist, ist ja gleichgültig. Auch ich bin weit davon entfernt, auch nur einen einzigen, der jetzt so schön geschaffenen Spaziergänge und Wege anderer herrlicher Waldparkes missen zu wollen. Im Gegenteil! Noch mehr, wenn es geht, soll man unternehmen, um dem Fremden sowohl als auch in erster Linie dem Einheimischen den Aufenthalt in Mannheims Waldung so angenehm wie möglich zu machen. B. B. dürfte auch eine Erweiterung unserer so schönen und vorzüglich gehaltenen Waldpark-Restaurants in Aussicht genommen werden, denn wenn man Stundenlang wandert, ist, sollte man doch wenigstens die Gewißheit haben, sich auch noch irgendwo „stärken“ zu können, was aber zurzeit, zumal wenn man nicht im Freien sitzen kann, ganz ausgeschlossen ist. Ich verweise nur auf den letzten Regenmontag und denjenigen vom 6. h. M., wo der Andrang lebensgefährlich war und Hunderte von Menschen im Regen absitzen mußten, weil eben sämtliche Räume überfüllt waren.

Noch dieser kleinen Abweisung komme nun wieder auf den „Zoologischen“ zurück. Um die Sache kurz zu machen: also auch ich bin der Ansicht, daß man den Tiergarten, vorläufig in bestehendem Rahmen, schaffen sollte, vielleicht mit botanischem Garten, Restaurationsgebäude etc. Die Gelder wären vielleicht, wie von Dr. H. vorgeschlagen, auszubringen und außerdem dürfen wir doch sehr wahrscheinlich, wie schon einmal gesagt, auf verschiedene Stützungen rechnen. Also probieren wir's. Sollte jetzt der große Ferien wegen, die Zeit nicht günstiger erscheinen, dann wollen, wollen wir uns bis September noch gedulden, oder länger nicht.

Von Tag zu Tag

Stiftungen. P. Viehrich a. M. 21. Juli. Anlässlich seines 70. Geburtstages hat Professor Dr. Rudolf Döckerhoff in Biebrich a. Rhein, der dem Viehricher Turnverein seit Jahren als Mitglied angehört, 45 000 Mark für einen Spielplatz geschenkt, welcher der gesamten schulfähigen Jugend zur Verfügung stehen soll. Dem Turnverein überließ er außerdem 2000 Mark Anleihe. Dem Ortsausschuß für Jugendpflege überwies er im Vorjahre 1000 Mark zur freien Verfügung.

Der Hauslehrer Andreas Dippold, der in einem sensationellen, aufsehenerregenden Prozeß wegen Mißhandlung der ihm anvertrauten Kinder des damaligen Direktors der Deutschen Bank, Kommerzienrat Robert Koch, zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, ist jetzt, wie gemeldet wird, in Chile an den Folgen einer Bluterkrankung gestorben. — Der Student der Rechte Andreas Dippold war im Jahre 1902 auf besondere Empfehlung hin vom Kommerzienrat Robert Koch als Hauslehrer für die beiden jüngsten

Söhne engagiert worden. Dippold besaß keine Stellung dazu, um seine Schüler in so groulamer Weise zu mißhandeln, daß einer derselben, Heinz Koch, an den Folgen starb. Am 19. Oktober 1903 wurde D. vor dem Schöffengericht in Bayreuth zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafe hat er voll in der Anstalt zu Straubing verbüßen müssen, wo er in der Buchbinderei beschäftigt wurde. Am 9. Oktober 1911 wurde er entlassen und reiste nach Amerika. Nach mehrfachen vergeblichen Versuchen, dort eine Stellung zu erlangen, konnte er endlich in Chile festen Fuß fassen. Dort ist er jetzt gestorben. Dippold, der zweifellos krankhaft veranlagt war, hat also seine Freiheit nicht lange genießen können.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Köln, 22. Juli. Anlässlich des 100. Geburtstages des Begründers der katholischen Gesellenvereine Kolping liefen bei dem Generalpräsidenten der katholischen Gesellenvereine Monsignore Schweizer Glückwunschkarten sämtlicher Bischöfe Deutschlands ein. Das Fest zu Ehren Kolpings beschloß gestern Abend eine große eucharistische Feier der Gesellenvereine in der Minoritenkirche, bei welcher Erzbischof Dr. Hartmann die Festpredigt hielt.

London, 22. Juli. Gestern wurde der Prozeß gegen den Anwalt Newton, den Landmaler Bennett und den Grafen Katterick wieder aufgenommen. Die Angeklagten sollen dem jungen Österreicher Thorsch 270 000 M. abgeschwindelt haben. Der Anwalt hielt eine lange Verteidigungsrede. Die Verhandlung wurde vor Schluss noch vertagt.

Philadelphia, 22. Juli. Der deutsch-amerikanische Nationalbund hat gegen den geplanten Prosz. Zoll auf deutsche Bücher eine Protestbewegung eingeleitet.

Das Erdbeben vom 20. Juli.

Strasburg, 22. Juli. Nach den weiteren der hiesigen Deputation für Erdbebenforschung eingelaufenen Aufzeichnungen der Seismographen verschiedener Erdbebenstationen liegt der Herd des Erdbebens vom 20. ds. Mts. bis auf ein paar Kilometer genau mit dem des starken Bebens vom 16. November 1911 zusammen. Er liegt in der Raubens Alb nördlich von Sigmaringen und ebenso östlich von Ehingen. Der Stoß vom Herde erfolgte um 1.06 Uhr 24 Sekunden. Die erste Welle gedauerte 16 Sekunden, um den Weg von der Raubens Alb nach Strasburg zurückzulegen.

Arbeiterbewegung.

Hamburg, 22. Juli. Die Vorstände der auf den Seefischereiwerten herrschenden gewerkschaftlichen Zentralverbände erlassen eine längere Erklärung, in der sie ausführen, daß durch Verschuldung mehrerer Mitglieder die Bewegung schon jetzt auf einen Punkt angelangt ist, auf dem sie nicht mehr zu Ende geführt werden kann. Deshalb könnten die Vorstände die Verantwortung für den Ausgang der Bewegung nicht übernehmen. Da die Statuten der gewerkschaftlichen Zentralverbände ihren Mitgliedern in allen Fällen, in denen die Streiks ohne Genehmigung der Vorstände eingeleitet worden sind, die Unterföhrung verweigern, werden auch keine Streikuntersuchungen geübt.

Bremen, 22. Juli. Ueber die Streikbewegung auf den Werften berichtet die „Werkzeitung“: Eine von etwa 400 Arbeitern beschlossene Versammlung beschloß gegen 12 Stimmen, daß die Angehörigen des Holzarbeiterverbandes, die auf der Werft A. G. Weier beschäftigt sind, den Anweisungen des Verbandsvorstandes folgen und die Arbeit nicht niederlegen. Dem Entschluß unterwerfen sich auch die Holzarbeiter der Alsterwerke. Die Zahl der Anstehenden der Alsterwerke mit Ausschluß der Meister, Lehrlinge und Holzarbeiter, die weiter arbeiten, beträgt etwa 1000.

Auf der Werft A. G. Weier werden morgen, wenn die beschlossene Arbeitsniederlegung unter Ausschluß der Holzarbeiter erfolgt, etwa 4000 Mann ausständig. Aufkommen beträgt die Zahl mit den Anstehenden auf der Werft Vulkan-Werke 8600 Mann.

Aus Bremerhaven wird gemeldet, daß die Arbeiter der Werften Westermünde und Vahr, sowie des technischen Betriebes des Norddeutschen Lloyd in der gestern Abend abgehaltenen Versammlung zu keinem einheitlichen Beschluß darüber gekommen sind, ob sie sich dem Streik anschließen wollen oder nicht. Die Arbeiter des technischen Betriebes des Norddeutschen Lloyd verhalten sich ablehnend. Auf allen Werften der Unterwerke wurde heute normalerweise gearbeitet. Am Donnerstag wollen sich die Arbeiter versammeln, um über ihr künftiges Verhalten zu beschließen.

London, 22. Juli. Der Streik der Hafenarbeiter in Hull ist beigelegt worden. Die Arbeiter haben die Forderung auf Lohnherabsetzung angenommen, aber nicht die Forderung auf Verminderung der Arbeitszeit. Die Arbeiter haben diese Bedingungen angenommen und wollen die Arbeit heute wieder aufnehmen.

Barcelona, 22. Juli. Fast sämtliche Eisenarbeiter sind in den Ausstand getreten. Auch eine Bewegung unter den Härberrarbeitern wird gemeldet.

Das Erfurter Urteil.

Berlin, 22. Juli. (Von uns Berl. Bur.) Zu dem Fall der jüngst vom Erfurter Kriegsgericht verurteilten Reservisten und Landwehrleute, die sich Ausschreitungen nach einer Kontrollversammlung zu Schulden kommen ließen, wird gemeldet, daß an maßgebenden

Stellen erörtert wird, diesen Leuten die Wohltaten des gemilderten Strafgesetzes für alle Fälle dadurch abgedehnt zu lassen, daß die Berufsverhandlung erst nach dem Inkrafttreten des vom Reichstage beschlossenen Gesetzes im Herbst stattfinden wird. Das entspricht, wie aus Cassel gemeldet wird, nicht den Tatsachen. Der Termin der Berufsverhandlung ist bereits für Anfang August vor dem Kriegsgericht des 11. Armeekorps in Cassel angesetzt.

Bernfest Köln-Königsberg.

Johannistal, 22. Juli. (Priv. Tel.) Leutnant Joly stieg heute morgen 4 Uhr 55 in Begleitung eines Hauptmannes vom großen Generalstab mit einer Kumpfer-Taube in Köln auf, landete um 8 Uhr 45 auf dem Flugplatz in Johannistal und stieg um 11 Uhr 14 zum Weiterflug nach Königsberg auf.

Die Deckung der französischen Heeresverträge.

Paris, 22. Juli. Die Kammer beriet heute das vom Senat zurückgegebene Budget, im Laufe der allgemeinen Diskussion bestätigte der Sozialist Thomas, daß seine Freunde alle Mittel aufbieten, damit die finanzielle Deckung für das neue Militärgesetz in das Budget 1913 aufgenommen würde. Jaures fügte hinzu: Dies ist unsere einzige Garantie. Finanzminister Dumont versicherte, daß die Regierung stets zur Verfügung der Kammer stünde, um die Deckung nach dem Budget zu besprechen. (Lärm auf der äußersten Linken.)

Ministerpräsident Barthou präziserte die Haltung der Regierung und erinnerte daran, daß sie eine Vorlage eingebracht habe, die darauf abzielt, die Deckung durch das erwerbende Vermögen zu bewirken. Die Vorlage werde zusammen mit den von der Kommission gemachten Vorschlägen erörtert werden. Die Regierung habe niemals versprochen, sie vor der Abstimmung über das Budget zu erörtern. Niemand habe sich dem widersetzt. Die Kammer werde die Deckung gleich nach der Abstimmung über das Budget besprechen. Denn es müsse das Privilegium bespedit werden. (Widerspruch auf der äußersten Linken und einem Teil der Rechten.) Der radikale Deputierte Malby: Die Haltung der Regierung ist zweideutig. Ministerpräsident Barthou: Meine Worte sind nicht zweideutiger als ihre Haltung! (Lärm im Zentrum und auf verschiedenen anderen Bänken. Lärm auf der äußersten Linken.)

Die Entwaffnung der päpstl. Schweizer Garde.

Rom, 22. Juli. (Priv. Tel.) „Messagero“ schreibt zu der Entwaffnung der päpstlichen Schweizer Garde. Es scheint, daß die Garde im Augenblick einer kleinen Reform unterzogen wird, der nachher eine gründlichere Reform folgt, um die Garde wieder zu ihrer Aufgabe der Dekoration und der Parade zurückzuführen. Die Gardisten würden allmählich ersetzt werden. Der Vatikan beverlet strenges Stillschweigen und wünscht jedoch vor allem, daß die Ruhe wiederhergestellt wird. „Messagero“ glaubt zu wissen, daß Oberst Repond erneut seinen Abschied nehme. Die Gardisten würden nicht bestraft.

Die neue Krise in China.

Schanghai, 21. Juli. (Reuter.) Die Regierung hat sich der Loyalität der Flotte versichert, indem sie mit den Bankern, die die Fünfmachtgruppe repräsentieren, eine Vereinbarung zur regelmäßigen Befolgung der Annäherungen abgeschlossen hat. Ein sibirischer General ist bei Ausbruch von seinen Truppen, die zu den nordchinesischen Truppen übergingen, ermordet worden.

Die Balkanwirren.

Auf dem Wege zum Frieden.

Bukarest, 22. Juli. Die rumänische Presse, die sich heute ausnahmslos mit den Aussichten auf den nahe bevorstehenden Frieden beschäftigt, ist über die Wendung der Dinge sehr befriedigt, insbesondere wird die entscheidende Rolle hervorgehoben, die Rumänien in der letzten Kriegssphase gespielt hat und noch weiter spielen wird. Dem „Universul“ zufolge, antwortete König Carol auf das Telegramm des Königs Ferdinand, daß es auch sein Wunsch sei, den Frieden bald wieder hergestellt zu haben und daß der bulgarischen Regierung freundschaftliche rumänische Regierung weitere Mitteilungen zugesagt werden.

Wien, 22. Juli. Der Politischen Korrespondenz wird aus Belgrad und Bukarest gemeldet, daß eine rasche Verständigung Bulgariens mit seinen Gegnern um so eher zu erwarten ist, als letztere nicht die Absicht haben, eine Verlegung des Konfliktes übermäßig zu erschweren.

Eine Erklärung des neuen bulgarischen Ministerpräsidenten.

Sofia, 22. Juli. Ministerpräsident Radovladow gab gestern in der Sobotnje die bereits angekündigte Erklärung ab und sagt u. a., er betrachte es als seine Pflicht zu betonen, daß die Regierung, seitdem sie die Geschäfte übernommen habe, von allen Mächten nur gute und aufrichtige Ratschläge erhalten und warme Sympathie für ihre Bemühungen, der Krise ein Ende zu setzen, gefunden habe.

Wir werden trachten, für der Redner fort, diese wohlwollenden Absichten der Mächte weiter zu entwickeln und zu stärken, indem wir diese vor allem von der unerklärlichen und ehrlichen Absicht Bulgariens übernehmen, loyal mitzuarbeiten an ihrem Werke der Wiederherstellung des Friedens und

dadurch unsere Achtung vor ihren Ratschlägen zu beweisen. So stark auch das Recht Bulgariens ist, so groß auch die Qualitäten des bulgarischen Volkes sind, glauben wir dennoch, daß unsere Interessen nur dann am besten gewahrt sein werden, wenn wir mit den allgemeinen Interessen des zivilisierten Europas gemeinsame Sache machen, wenn wir jenem Solidaritätsgefühl der Zivilisation gehorchen werden, das schon Vidou „europäischen Patriotismus“ nannte. Wir konnten das Wohlwollen der Mächte auch gelegentlich des Einfalls der türkischen Truppen in unser Gebiet jenseits der Linie Midia-Enos sehen. Allerdings haben die von den Votschaftern der europäischen Mächte unternommenen Schritte noch nicht den vollen Erfolg gehabt; aber wir haben die Zusicherungen, daß die Großmächte, unter deren Leitung unsere Grenze gegenüber der Türkei festgesetzt ist, es nicht zulassen werden, daß die Türkei sich jenseits dieser Grenze festsetze. Andererseits rechnen wir darauf, daß auch bei der Fortsetzung der Oberhand gewinnen werde über böse Leidenschaften, die darnach angetan sind, die in den letzten Zeiten angebahnten Versuche zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei, wie sie den wechselseitigen Bedürfnissen der beiden Nachbarvölker entsprechen, zum Scheitern zu bringen. In diesem Sinne richteten wir an den Großwesir unsere Verleschen.

Der Minister sprach schließlich die Hoffnung aus, daß es der Regierung durch ihre lokale Politik des Friedens und der nationalen Würde möglich sein würde, eine befriedigende Lösung des geteilten Problems sicher zu stellen. (Lang anhaltender Beifall.)

Der Vormarsch der türkischen Armee.

Konstantinopel, 22. Juli, 11 Uhr 30 Min. nachts. (Anstich) Die türkische Armee hat Güle-Burgas besetzt.

Konstantinopel, 22. Juli. Der frühere Minister des Äußeren, Hadischadil, wurde zum Fall von Adrianopel ernannt. Er wird morgen auf seinem Posten eintreffen. Der Minister des Innern, Taaatbey, begibt sich am Bord eines Torpedobootes nach Rodosto, um seinen Einfluß zur Herstellung der Eintracht zwischen der muslimanischen und armenischen Bevölkerung geltend zu machen.

Die Balkanstaaten geschlossen gegen die Türkei!

Wien, 22. Juli. Nach der Politischen Korrespondenz rief der türkische Vormarsch auf Adrianopel in Belgrad peinlichsten Eindruck hervor. Es wird betont, daß sich die Türkei durch ihre Haltung nicht nur zu Bulgarien, sondern auch zu der Gesamtheit der Verbündeten in Gegensatz bringe.

Wie Wien wird telegraphiert: Wie der Belgrader Korrespondent der „Zeit“ von authentischer Seite erfährt, ist der Standpunkt, der in Belgrad, Athen und Bukarest gegenüber der Absicht der Türkei, Thrazien wieder zu gewinnen, einigermassen wird, folgender: Die von den Verbündeten eroberten Gebiete sind Erwerbungsgegenstände des Balkanbundes und dieser wird diese Gebiete bis zum letzten Blutstropfen verteidigen. Die jehanan Gebietsgewinne zwischen den Staaten des Balkanbundes werden durch ein Unternehmen zwischen den Verbündeten aus dem Wege geschafft werden. Einen Angriff der Türkei auf welche Gebiete immer, werden die Verbündeten trotz der Spitze innerhalb des Balkanbundes als einen Angriff auf den Balkanbund betrachten und danach handeln.

Ein gemeinsamer Schritt der Mächte in Konstantinopel.

Berlin, 22. Juli. (Von uns Berl. Bur.) Der „Signor“ erhält, wie aus Prag ameldet wird, von einem Petersburger Korrespondenten folgendes Telegramm: Ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß Rußland getreu seiner bisher verfolgten Politik entschlossen ist, sich jeder selbständigen Aktion gegen die Türkei zu enthalten. Aber es wird die Initiative ergreifen, um eine Kollektivaktion der Mächte vorzuschlagen, falls die wiederholten Proteste bei der Vortie wirkungslos bleiben sollten.

Köln, 22. Juli. (Priv. Tel.) Die

„Köln. Jg.“ meldet aus Berlin: Die Behauptungen, daß eine türkische Besetzung Adrianopels in Athen oder Bukarest gegen geben wird, steht vollständig in der Luft. Die Teilungsverhandlungen zwischen den Balkanbündestaaten dürften ja auch durch ein neues türkisches Zwischenstadium in Adrianopel keineswegs erschwert werden. Daß an diesen Verhandlungen die Türkei als solche teilnehme, mag ein in Konstantinopel gehegter Wunsch sein, der sich aber nicht leicht verwirklichen lassen wird. Die Großmächte fahren natürlich fort, durch diplomatische Einwirkungen die Türkei von weiteren zweifelhaften Unternehmungen abzuhalten.

Das Kriegselend.

Köln, 22. Juli. (Priv. Tel.) Die „Köln. Jg.“ meldet aus Sofia: Auf dem Balkan herrschte eine neue Völkerwanderung. Die Bulgaren, die aus den von den Griechen besetzten Gebieten geflohen sind, treffen in Sofia ein. Im ganzen sind bisher etwa 15 000 Familien in Not und Elend. Die Flüchtlinge, von denen ein Teil in den Schulen Sofia untergebracht sind, berichten, daß mit den armenischen Soldaten auch türkische Gefangene sich an den Plünderungen und Grausamkeiten beteiligen hätten.

Kurszettel des „Mannheimer General-Anzeiger, Badische Neueste Nachrichten“.

Mannheimer Effekten-Börse.

Obligationen.

Table of bond prices (Obligationen) including Pfandbriefe, Staats-Anleihen, and various municipal and industrial bonds.

Aktien.

Table of stock prices (Aktien) categorized by banks, industrial stocks, and transport companies.

Frankfurter Effekten-Börse.

Table of Frankfurt stock market data (Frankfurter Effekten-Börse) including various bank and industrial shares.

Wechsel.

Table of exchange rates (Wechsel) for various international locations like Amsterdam, London, and India.

Staatspapiere. A. Deutsche.

Table of German government securities (Staatspapiere) including various types of bonds and notes.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table of bank and insurance stocks (Bank- und Versicherungs-Aktien) listing various financial institutions.

Konkurs-Eröffnungen.

Text listing bankruptcy proceedings (Konkurs-Eröffnungen) for various companies and individuals.

Aktien Industrieller Unternehmungen

Table of industrial stock prices (Aktien Industrieller Unternehmungen) including various manufacturing and utility companies.

Aktien deutscher u. ausländ. Transportanstalten

Table of transport company stocks (Aktien deutscher u. ausländ. Transportanstalten) including shipping and railway lines.

Bergwerksaktien.

Table of mining stocks (Bergwerksaktien) listing various mineral extraction companies.

Pfandbriefe. Prioritäts-Obligationen.

Table of mortgage and priority bond prices (Pfandbriefe. Prioritäts-Obligationen) for various regions.

Ausländische Effekten-Börsen.

Table of foreign stock markets (Ausländische Effekten-Börsen) including London and Paris.

Londoner Effekten-Börse.

Table of London stock market data (Londoner Effekten-Börse) for various British securities.

Pariser Effekten-Börse.

Table of Paris stock market data (Pariser Effekten-Börse) for various French securities.

Wiener Effekten-Börse.

Table of Vienna stock market data (Wiener Effekten-Börse) for various Austrian securities.

Wien, 22. Juli. Nachm. 1.30 Uhr

Table of Vienna stock market data (Wien, 22. Juli) including various local and international shares.

Berliner Effekten-Börse.

Table of Berlin stock market data (Berliner Effekten-Börse) for various German securities.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Wien, 22. Juli. (Schlusskurse.)

Table of closing stock prices (Wien, 22. Juli. Schlusskurse) for various markets.

Anfangskurse.

Table of opening stock prices (Anfangskurse) for various international markets.

Zucker.

Table of sugar prices (Zucker) for various grades and origins.

Kaffee.

Table of coffee prices (Kaffee) for various types and origins.

Schmalz.

Table of tallow prices (Schmalz) for various grades.

Salpeter.

Table of saltpeter prices (Salpeter) for various types.

Wolle.

Table of wool prices (Wolle) for various grades and origins.

Häute.

Table of hide prices (Häute) for various types.

Baumwolle und Petroleum.

Table of cotton and petroleum prices (Baumwolle und Petroleum) for various grades.

Eisen und Metalle.

Table of iron and metal prices (Eisen und Metalle) for various types.

London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang.

Table of London market data (London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang) for various securities.

London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang.

Table of London market data (London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang) for various securities.

London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang.

Table of London market data (London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang) for various securities.

London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang.

Table of London market data (London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang) for various securities.

London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang.

Table of London market data (London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang) for various securities.

London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang.

Table of London market data (London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang) for various securities.

London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang.

Table of London market data (London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang) for various securities.

London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang.

Table of London market data (London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang) for various securities.

London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang.

Table of London market data (London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang) for various securities.

London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang.

Table of London market data (London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang) for various securities.

London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang.

Table of London market data (London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang) for various securities.

London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang.

Table of London market data (London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang) for various securities.

London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang.

Table of London market data (London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang) for various securities.

London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang.

Table of London market data (London, 22. Juli. 1 Uhr. Anfang) for various securities.

Aus dem Großherzogtum.

Text report from the Grand Duchy of Baden regarding a 19-year-old apprentice who was injured while working.

Budapester Produktenbörse.

Table of Budapest commodity prices (Budapester Produktenbörse) for various goods.

Liverpooler Produktenbörse.

Table of Liverpool commodity prices (Liverpooler Produktenbörse) for various goods.

Antwerpen Produktenbörse.

Table of Antwerp commodity prices (Antwerpen Produktenbörse) for various goods.

Amsterdamer Produktenbörse.

Table of Amsterdam commodity prices (Amsterdamer Produktenbörse) for various goods.

Amsterdamer Produktenbörse.

Table of Amsterdam commodity prices (Amsterdamer Produktenbörse) for various goods.

Amsterdamer Produktenbörse.

Table of Amsterdam commodity prices (Amsterdamer Produktenbörse) for various goods.

Amsterdamer Produktenbörse.

Table of Amsterdam commodity prices (Amsterdamer Produktenbörse) for various goods.

Amsterdamer Produktenbörse.

Table of Amsterdam commodity prices (Amsterdamer Produktenbörse) for various goods.

Amsterdamer Produktenbörse.

Table of Amsterdam commodity prices (Amsterdamer Produktenbörse) for various goods.

Amsterdamer Produktenbörse.

Table of Amsterdam commodity prices (Amsterdamer Produktenbörse) for various goods.

